

EUROPÄER UND AMERIKANER WÜNSCHEN SICH MEHR TRANSATLANTISCHE KOOPERATION

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung

Die Bürger in Europa und Amerika unterstützen ganz überwiegend eine engere transatlantische Zusammenarbeit. Als wichtigste Themen nennen sie übereinstimmend den Klimaschutz, die Verhinderung der weiteren Verbreitung von Atomwaffen, die Sicherung der Energieversorgung und die Förderung von Demokratie weltweit.

Das ergibt eine repräsentative Umfrage, welche die Bertelsmann Stiftung im Vorfeld des EU-US-Gipfels am 30. April durchgeführt hat. Die Ergebnisse dienen auch als Diskussionsgrundlage für das „**Brussels Forum**“ – ein hochkarätiges transatlantisches Strategieforum, das die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem German Marshall Fund, Daimler-Chrysler und weiteren Partnern vom **27. bis 29. April** in Brüssel veranstaltet. Die Resultate spiegeln die Bereitschaft wider, das transatlantische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Zeit der Reflektionen zum Stand der Beziehungen nach dem Zerwürfnis über den Irakkrieg ist einer pragmatischen Annäherung gewichen. Die Bürger nehmen das Verhältnis weniger selbstverständlich als früher und skizzieren eher konkrete Schwerpunkte möglicher Zusammenarbeit.

Unter den befragten Europäern scheinen die Deutschen die transatlantischen Spannungen am besten überwunden zu haben. Sie zeigen sich besonders aufgeschlossen für eine engere Kooperation mit den USA. Mehr Zusammenarbeit beim Klimaschutz unterstützen etwa 90 Prozent der Deutschen. 84 bzw. 80 Prozent sprechen sich auch für eine stärkere Abstimmung bei der Förderung von Demokratie weltweit sowie der Sicherung der Energieversorgung aus. Die Aufgabe, die Verbreitung von Nuklearwaffen in Staaten wie Iran gemeinsam zu verhindern oder den Nahen Osten zu befrieden, findet ebenfalls breite Zustimmung.

A: Die allgemeinen Trends in Europa und den USA

Die Ergebnisse unter den europäischen Befragten offenbaren deutliche Unterschiede auf dem Kontinent. Besonders groß ist die Aufgeschlossenheit für konkrete Zusammenarbeit mit den Amerikanern nicht nur in Deutschland, sondern etwa auch in Finnland oder Spanien (was angesichts der dortigen innenpolitischen Zerwürfnisse über die militärische Beteiligung an der Irak-Invasion etwas überrascht). Andere enge US-Verbündete wie Italien verzeichnen jedoch deutlich niedrigere Werte. Eher gering ist die Zustimmung in Frankreich. In Osteuropa zeigten die Befragten deutlich weniger Enthusiasmus, was sich unter anderem mit einer noch geringen Vertrautheit mit der Idee einer gemeinsamen europäischen Position gegenüber den USA erklären lässt. Hier ist zudem ein deutlich höherer Wert an Menschen zu verzeichnen, die mit der Fragestellung gar nichts anfangen können.

Die Amerikaner wiederum zeigen in ihren Antworten große Bereitschaft zur Kooperation mit Europa. Jeweils rund 80 Prozent der Befragten plädieren für mehr Abstimmung beim Klimaschutz, bei der Kontrolle potentieller Nuklearstaaten wie Iran oder bei der Sicherung der Energieversorgung. Diese Entwicklung deckt sich mit den aktuellen Bemühungen der amerikanischen Regierung, europäische Verbündete – insbesondere die Deutschen – wieder stärker politisch einzubinden. Zudem ist zu erkennen, dass die Amerikaner einen Dialog mit Europa besonders bei Themen begrüßen, zu denen sie innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft derzeit nach einer Strategie ringen. Dazu gehört der Klimaschutz und die Sicherung der Energieversorgung, der Umgang mit Iran oder die Zukunft der Demokratieförderung.

B: Der Wunsch nach konkreter Zusammenarbeit

- **Klimaschutz**

Ganz hoch auf der Agenda steht für die Europäer mit weitem Abstand der Klimaschutz (73 Prozent im Durchschnitt, in manchen Ländern wie Spanien oder Finnland gar 93 Prozent). Der gehörte in vergleichbaren Umfragen bereits seit längerer Zeit zu den wichtigsten Anliegen. Doch seine Bedeutung ist weiter gestiegen, was sich durch die massive mediale Aufmerksamkeit und die öffentlichen Diskussionen über politische Maßnahmen erklären lässt – etwa die Selbstverpflichtung der Europäischen Union zu einer weiteren Kürzung der CO2-

Emissionen beim EU-Gipfel im März. Für die Amerikaner ist Klimaschutz zwar mit 78 Prozent nicht das wichtigste Anliegen, doch auch dort genießt es mittlerweile weit größere Beachtung, etwa durch die vielen Initiativen auf regionaler Ebene oder den Erfolg von Al Gores Dokumentarfilm zu diesem Thema. Diese Art von Annäherung bietet eine exzellente Grundlage, nun eine ernsthafte Debatte über eine Neugestaltung des auslaufenden Kyoto-Abkommens zu beginnen. Zu beachten bleibt jedoch, dass die Amerikaner auch den Klimaschutz eher im wirtschaftlichen Kontext sehen. Zur Sicherung der Energieversorgung wollen US-Bürger nämlich noch häufiger mit Europäern kooperieren als beim Klimaschutz (81 Prozent gegenüber 78 Prozent).

- **Die Kontrolle von Nuklearwaffen**

Die Kontrolle potentieller Nuklearstaaten wie Iran ist Europäern und Amerikaner ausgesprochen wichtig (73 bzw. 81 Prozent). Die US-Bürger sehen dieses Thema neben der Sicherung der Energieversorgung sogar als das wichtigste überhaupt an. Beide Seiten unterscheiden sich in ihrer Bewertung des Nutzens eines gemeinsamen Vorgehens nicht wesentlich. Hier mag auch eine Rolle spielen, dass der bisherige Verlauf der Iran-Krise sowohl europäischen als auch amerikanischen Politikern vor Augen geführt hat, dass nur eine Kombination aus Diplomatie und militärischer Stärke Aussicht auf Erfolg haben kann. Natürlich bleibt abzuwarten, wie sich diese Werte entwickeln werden, sollte ein militärisches Eingreifen ernsthaft zur Debatte stehen. Europäer haben dazu in der Vergangenheit immer weitaus größere Zurückhaltung gezeigt als Amerikaner.

- **Die Stabilisierung des Nahen Ostens**

Auch die Stabilisierung des Nahen Ostens ist für Europäer und Amerikaner mittlerweile fast gleich bedeutsam (66 bzw. 75 Prozent). Hier haben die Politiker sich bereits politisch angenähert. US-Präsident George W. Bush erklärte kürzlich öffentlich, der Israel-Palästina-Konflikt sei ein zentraler Faktor für die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten. Es gibt Gespräche über eine Nahostkonferenz, an der auch die Nachbarn der Konfliktparteien teilnehmen sollen. Europäer und Amerikaner mögen noch unterschiedlicher Auffassung sein, ob der Friedensprozess der Schlüssel für Stabilität in der Region ist – doch sie stimmen überein, dass er einen wichtigen Aspekt darstellt.

- **Die Förderung von Demokratie weltweit**

Bei der Befragung zur Förderung von Demokratie weltweit spaltet sich Europa. Einige westeuropäische Länder, insbesondere Deutschland, unterstützen das Anliegen euphorisch, mit Werten bis zu 84 Prozent. Der europäische Durchschnitt liegt jedoch nur bei 57 Prozent. Die Franzosen etwa (35 Prozent) sind sehr skeptisch, ebenso die Bürger Osteuropas. In den USA ist die Zustimmung (72 Prozent) noch erstaunlich hoch, obwohl durch den Irakkonflikt und die Fallstricke der „Freedom Agenda“ der aktuellen Bush-Regierung dieses Anliegen weitaus unpopulärer geworden ist. Dies zeigt sich in anderen Umfragen, in denen Amerikaner deutlich weniger Bereitschaft zur Demokratisierung mit militärischen Mitteln zeigen. Es ist anzunehmen, dass Europäer und Amerikaner die Förderung von Demokratie mittlerweile in erster Linie mit friedlichen Maßnahmen verbinden. Die EU kann hierbei auf den Erfolg ihrer Mitgliedschaftspolitik als Maßnahme zur Demokratieförderung verweisen.

- **Der Abbau von Handelsschranken**

Verhältnismäßig gering ist hingegen die Unterstützung für den Abbau von Handelsschranken zwischen Europa und den USA (54 Prozent in Europa und 65 Prozent in den USA). Exportnationen wie Deutschland oder Finnland zeigen sich dem Projekt gegenüber aufgeschlossen. Franzosen (28 Prozent), aber etwa auch Österreicher (38 Prozent), sind sehr zurückhaltend. Dieses Projekt ist ein zentrales Anliegen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für den US-EU-Gipfel. Dort soll der institutionelle Rahmen geschaffen werden für den Abbau von Hürden etwa beim Patentschutz, bei Fragen des Urheberrechtes und geistigen Eigentums. Die Ergebnisse zeigen, dass die Komplexität des Themas viele Bürger noch verstört. Bislang sind diese Verhandlungen zudem meist auf höchster Ebene geführt worden und haben noch nicht die breite Öffentlichkeit erreicht. Auf amerikanischer Seite kommt das Problem dazu, dass der EU-Binnenmarkt und seine positiven Auswirkungen (die sich als Argument für die Initiative anführen lassen) dort kaum bekannt sind.

Schlussfolgerungen:

- a) Es gibt einen klaren Auftrag der Bürger in Europa und den USA für enge transatlantische Kooperation. Beide Seiten sehen die jeweils andere als sehr wichtigen Partner an.
- b) Eine klare Trennung zwischen „Old Europe“ und „New Europe“ ist nicht mehr zu ziehen. In Ländern wie Deutschland, die während der Irakkrise die amerikanische Politik kritisierten, ist die Bereitschaft zur pragmatischen Zusammenarbeit mit den USA besonders stark. Hingegen sind die Werte in Osteuropa, wo einige Staaten die US-Politik im Irak vehement unterstützt haben, eher gering. Diese spiegeln jedoch wohl auch fehlende Vertrautheit mit dem Konzept „europäisch“-amerikanischer Kooperation wider. Auf die Frage nach engerer Zusammenarbeit zwischen der einzelnen Nation und den USA würden die Antworten auch dort wahrscheinlich positiver ausfallen.
- c) Die hohe Unterstützung für transatlantische Zusammenarbeit in den USA ist ein ermutigendes Zeichen, dass dort das Interesse an Partnerschaft wieder gewachsen ist. Dies mag eine Schlussfolgerung sein aus den erkannten Grenzen der eigenen „hard power“ und der gleichzeitigen Erosion amerikanischer „soft power“. Die Aufgeschlossenheit der Amerikaner, bei zentralen Herausforderungen auf die Kooperation mit Europa zu vertrauen, ist mittlerweile sehr hoch – insbesondere in Feldern, in denen Zusammenarbeit unerlässlich scheint, wie Klimaschutz, der Sicherung der Energieversorgung, dem Umgang mit potentiellen Nuklearmächten oder der Befriedung des Nahen Ostens.

Befragungszeitraum:

01.03. bis 30.03.2007

12.000 Befragte in

- a) Westeuropa (Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien)
- b) Osteuropa (Bulgarien, Polen, Ungarn)
- c) USA

48 Prozent der Befragten waren männlich, 52 Prozent weiblich.

Unter allen Befragten waren zwischen

18-29 Jahre: 20 Prozent

30-39 Jahre: 18 Prozent

40-49 Jahre: 19 Prozent

50-59 Jahre: 17 Prozent

60-69 Jahre: 14 Prozent

70 und älter: 12 Prozent